Haushalt 2026: Ausgaben für Bildung erhöhen, Stellen besetzen

- Anhörung im Landtag zur Feststellung des Haushaltsplans
- Pro-Kopf-Ausgaben in NRW fast 1.000 Euro unter Bundesschnitt
- Beförderungsstellen schnell ausschreiben und besetzen

Düsseldorf, 28. Oktober 2025. Anlässlich der heutigen Anhörung im Landtag zur Feststellung des Haushaltsplans 2026 plädiert der nordrhein-westfälische Philologenverband (PhV NRW) dringend dafür, die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in NRW deutlich anzuheben. Unser Bundesland gibt mit 8.900 Euro pro Schülerin und Schüler im Ländervergleich bundesweit am wenigsten aus; im bundesweiten Mittel sind es 9.800 Euro. „Und das, obwohl der Schuletat in NRW auf 24,5 Milliarden Euro angewachsen ist“, sagt die PhV-Vorsitzende Sabine Mistler. „Jetzt zeigt sich, dass die Mittel für Bildung angesichts steigender Schülerzahlen und wachsender Aufgabenlast nicht ausreichen. Der Haushalt muss deshalb ein Signal setzen: Bildung muss tatsächlich Priorität haben.“

Dazu gehört in erster Linie eine auskömmliche personelle und räumliche Ausstattung von Schulen. Selbst wenn an jeder Schule formal eine hundertprozentige Besetzungsquote erreicht werden könnte, so wäre das aus PhV-Sicht noch lange kein Erfolg. Lehrkräftemangel, Vertretungen, Krankheitszeiten, Zeiten für Fortbildungen und allgemein überbordende bürokratische Aufgaben sorgen dafür, dass Lücken in den Kollegien entstehen. „Eine Stellenbesetzungsquote von 100 Prozent sorgt nicht dafür, dass der Unterricht auch zu 100 Prozent erteilt werden kann“, sagt Sabine Mistler. „Eine auskömmliche Stellenbesetzungsquote mit einer angemessenen Vertretungsreserve ist aber eine wesentliche Bedingung für gute Bildung.“

Ein weiterer Kritikpunkt: Die Zahl der Beförderungsstellen für Lehrkräfte – also Positionen mit zusätzlicher Verantwortung – ist in den vergangenen Jahren rückläufig. Dies hat mehrere negative Folgen: Lehrkräfte sehen wenig Perspektive, eine gerechte Karriereentwicklung fehlt und damit sinkt die Attraktivität des Berufs. Aus Sicht des PhV NRW muss daher gelten: Beförderungsstellen müssen in ausreichender Zahl neu ausgeschrieben werden. „Lehrkräfte üben einen anspruchs- und verantwortungsvollen Beruf aus und verdienen Wertschätzung“, so Mistler abschließend.

20251028_PM_Haushalt